Stand: 16.12.2025 01:59:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11815

"Hochwasserschutz und Ursachenbekämpfung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11815 vom 08.06.2016
2. Beschluss des Plenums 17/11908 vom 09.06.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 09.06.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 08.06.2016 **Drucksache** 17/**11815**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Thomas Mütze, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Hochwasserschutz und Ursachenbekämpfung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Starkregenereignisse der letzten Wochen haben unendlich viel Leid über zahlreiche Menschen in Bayern und anderen Bundesländern gebracht. Allen Betroffenen gebührt unsere Solidarität und unser Mitgefühl. Es müssen jetzt alle Anstrengungen unternommen werden, um den Betroffenen, ob Privatpersonen, Firmen oder Kommunen, unbürokratisch unter die Arme zu greifen und zu helfen. Den Helferinnen und Helfern, und zwar den ehrenamtlichen wie den hauptamtlichen, sowie den Behörden und Kommunen gilt unser Dank. Der Freistaat Bayern muss schnellstens ein Hilfspaket für die Betroffenen bereitstellen. Zudem muss sich der Bund ähnlich wie beim Hochwasser 2013 an den Entschädigungen beteiligen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- im Rahmen einer aktiven Klimaschutzpolitik einen konkreten Fahrplan zum Klimaschutz vorzulegen und Handlungsschritte zur Reduzierung der Treibhausgase zu ergreifen. Dabei sind insbesondere die Bereiche fossile Wärmeenergie, Landwirtschaft – dort insbesondere die landwirtschaftliche Bodennutzung, Gewerbe und Industrie als auch die Reduktion der CO_2-Emissionen im Verkehrssektor zum Gegenstand zu machen,
- alle Möglichkeiten der Hochwasserrückhaltung zu nutzen:
  - die Funktion der Auen als natürliche Überschwemmungsgebiete wiederherzustellen,
  - die Renaturierung der Flüsse und Bäche ist voranzutreiben,
  - in der Land- und Forstwirtschaft durch eine schonende und angepasste Bewirtschaftung eine Minderung der Erosion und eine Erhöhung der Speicherfähigkeit der Böden am Ort der Niederschläge zu bewirken,
  - Moore zu renaturieren und Entwässerungsgräben in Feuchtwiesen zurückzubauen,
  - die Schutzwaldsanierung deutlich zu intensivieren, so dass die Fläche der Schutzwälder, die ihre Schutzwaldfunktion nicht mehr erfüllen kann in den nächsten Jahren deutlich abnimmt,
  - Dämme zurückzuverlegen und geplante Flussbaumaßnahmen an allen bayerischen Flüssen am Hochwasserschutz auszurichten,
- bei kommunalen Planungen für Siedlungs- und Gewerbeflächen in potenziellen Überschwemmungsgebieten mit Nachdruck auf die Kommunen einzuwirken, diese Gebiete von Bebauung freizuhalten und ökologisch für den Hochwasserschutz umzugestalten,
- dem Hochwasserschutz an Gewässern III. Ordnung mehr Gewicht einzuräumen und die Fördermittel und Fördersätze zu erhöhen,
- im Bayerischen Wassergesetz ein Verbot von Heizölheizungen in ausgewiesenen und geplanten Überschwemmungsgebieten zu verankern und Gewässerrandstreifen verbindlich vorzuschreiben,
- konkrete Handlungsprogramme zur deutlichen Minderung des Flächenverbrauchs und zur Rücknahme der Bodenversiegelung vorzulegen und zeitnah umzusetzen,
- den weiteren Abbau des Personals an den Wasserwirtschaftsämtern zu stoppen und für die Aufgaben des Hochwasserschutzes ausreichend Personal vorzuhalten,
- mit der Beteiligung der Versicherungswirtschaft eine Elementarschadensversicherung zu entwickeln, die die durch den Klimawandel verstärkt auftretenden Schäden wie Hochwasser oder Tornados umfasst
- und – neben über- und außerplanmäßigen Ausgaben für kurzfristig notwendige Hilfen und Maßnahmen – für die oben genannten Punkte bei der Aufstellung künftiger Haushalte ausreichend Haushaltsmittel zu veranschlagen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 09.06.2016 **Drucksache** 17/**11908**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Thomas Mütze, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**11815**

Hochwasserschutz und Ursachenbekämpfung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Norbert Dünkel
Abg. Hubert Aiwanger
Abg. Florian von Brunn
Abg. Ruth Müller
Abg. Dr. Christian Magerl
Abg. Günther Knoblauch
Staatsminister Dr. Markus Söder
Abg. Thorsten Glauber
Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU)
Schnelle Hilfe nach den Hochwasserkatastrophen in Bayern (Drs. 17/11809)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hochwasserschäden: Effektiv helfen - besser vorbeugen (Drs. 17/11811)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)
Hochwasser und Sturzfluten künftig verhindern
Notfallmanagement verbessern (Drs. 17/11813)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Hochwasserschutz und Ursachenbekämpfung (Drs. 17/11815)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dünkel. – Bitte schön, Herr Dünkel.

Norbert Dünkel (CSU): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sturzflut, die in den letzten Tagen unsere bayerischen Regierungsbezirke heimgesucht hat, traf die Menschen ohne Vorwarnung. Unser Gedenken gilt den Todesopfern. Den Angehörigen gelten unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme. Wir sind in

Gedanken und im Herzen bei ihnen. Das Hochwasser hat auch zahlreiche Verletzte gefordert, Existenzen vernichtet, Trauer, Entsetzen, Ängste und Sorgen hinterlassen. Bereits die Aktuelle Stunde heute früh hat gezeigt: Wir lassen die Hochwasseropfer nicht allein. Bayern steht an der Seite der Betroffenen.

Der Dringlichkeitsantrag der CSU trägt die Überschrift: "Schnelle Hilfe nach den Hochwasserkatastrophen in Bayern". Lassen Sie mich jedoch zunächst den Helferinnen und Helfern in unseren Landkreisen danken: Ansbach, Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim, Weißenburg-Gunzenhausen, Landshut, Straubing-Bogen, Dingolfing-Landau, Kelheim, Passau und Weilheim-Schongau. Unzählige Frauen und Männer haben sich in tage- und nächtelangem Einsatz unter Zurückstellung aller privaten, beruflichen oder familiären Belange, mancherorts bis zum Rande ihrer Belastungsgrenze, zur Verfügung gestellt, um anderen in der Not zu helfen – Frauen und Männer, die nicht Mitglieder von Rettungsorganisationen sind, aber bereit waren und sich aufgerufen fühlten, Menschen in ihrer Nachbarschaft oder ihrem Nachbarort zur Seite zu stehen, anzupacken, mitzuhelfen, Gerätschaften zur Verfügung zu stellen und Trost zu spenden.

Unser Dank gilt natürlich auch unseren unermüdlichen Rettungsorganisationen, den Freiwilligen Feuerwehren, den Sanitätsorganisationen, dem Technischen Hilfswerk, den Verwaltungsstäben der Kreisverwaltungen, der deutschen Bundeswehr und unserer bayerischen Polizei. Ihnen allen sprechen wir namens der CSU-Landtagsfraktion unsere große Anerkennung und unseren besonderen Dank für ihre hervorragende Arbeit aus. Die Leistungen, die alle Helferinnen und Helfer, alle Retter und Rettungsorganisationen erbracht haben, sind wieder einmal ein eindrucksvolles Beispiel der Helferkultur in unserem Land, der professionellen Vernetzung und der ausgezeichneten Kooperation aller Verbände sowie des Zusammenhalts und Zusammenspiels aller Beteiligten.

Die CSU-Landtagsfraktion und die Staatsregierung werden noch heuer in Abstimmung mit den Rettungsverbänden ein Helferfreistellungsgesetz auf den Weg bringen, das

den Anforderungen solcher Schadenslagen in bester Weise entspricht. Mit dem Sonderinvestitionsprogramm Hochwasser des Innenministeriums mit einem Volumen in Höhe von 24 Millionen Euro statten wir unsere Feuerwehren mit neuen Verstärkerpumpen, Wasserfördersystemen, Flutsystemen und Sandabfüllanlagen aus. Der Freistaat Bayern steht in der Not an der Seite der Menschen und flankiert die Hilfe mit einem schnellen, einfachen und direkten Hilfskonzept für alle Hochwassergeschädigten.

Das bayerische Hochwasserhilfsprogramm wird gestaffelt nach Intensität der Schadensereignisse, in den betroffenen Gebieten aufgelegt und schnell und unbürokratisch umgesetzt. Das wird uns täglich bestätigt. Wir lassen bei diesem Jahrhunderthochwasser mit verheerenden Schäden keinen Betroffenen allein. Meine Damen und Herren, das ist Bayern. Wir sind die ersten und bisher auch die einzigen, die ihrer Bevölkerung und ihren Gemeinden diese Hilfen zur Verfügung stellen. Bis zum heutigen Tag sind bereits über 9 Millionen Euro Soforthilfe an die betroffene Bevölkerung ausbezahlt worden. Das Investitionsvolumen für den Hochwasserschutz in Bayern beträgt 3,4 Milliarden Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir handeln nicht nach dem Motto der grünen Landesregierung in Baden-Württemberg, wie der Ministerpräsident Kretschmann gesagt hat: Ich bin kein Kaiser, ich kann nicht mit dem Geldsack kommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bayern handelt und hilft den Menschen in der Not. Aber auch im Hochwasserschutz ist Bayern Vorreiter. Dort, wo Rot-Grün regiert, ist dies nicht der Fall. In welchen rot-grün regierten Ländern werden die Konzepte umgesetzt und Maßnahmen ergriffen, die heute in der Aktuellen Stunde eingefordert wurden? – Alles heiße Luft. Sie reden, fordern und wollen den Eindruck erwecken, dass derartige Unwetter und Schäden mit landespolitischen Entscheidungen abzuwenden oder zu verhindern wären. Man braucht nur die Überschriften der Dringlichkeitsanträge zu lesen.

Das ist ein Problem der Politik, dass in derartigen Situationen so getan wird, als ob. Das ist der Unterschied zwischen Theorie und Praxis, der Unterschied zwischen

Schein und Sein, der Unterschied zwischen Politik und Realität. Handeln ist gefragt – das tut Bayern. Das tut die CSU. Diesem Vorhaben dient auch unser Dringlichkeitsantrag. Die besten Hilfsprogramme nützen nichts, wenn sie nicht mit dem notwendigen Geld hinterlegt sind. Jetzt ist der Landtag als Haushaltsgesetzgeber gefragt.

Mit unserem Dringlichkeitsantrag machen wir den Weg frei für die notwendigen über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsvollzug 2016 und für die Berücksichtigung des Mehrbedarfs in den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2017/2018. Wir bitten die Staatsregierung, die Gelder aus den Hilfsprogrammen so rasch und so unbürokratisch wie möglich an die Empfänger auszuzahlen und bei künftigen Hochwasserschutzmaßnahmen besonderes Augenmerk darauf zu legen, wie derartige Schadensentwicklungen künftig vermieden werden können. Wir begrüßen ausdrücklich das Programm zur Unterstützung hochwasserbetroffener Unternehmen, das Programm zur Unterstützung der vom Hochwasser betroffenen Land- und Forstwirtschaft, den Schadensausgleich im Außenbereich unserer Gemeinden, das Programm zur Unterstützung vom Hochwasser betroffener Privathaushalte und Wohnungsunternehmen, das Programm zur Wiederherstellung der Infrastruktur in den Gemeinden sowie das Soforthilfeprogramm des Finanzministeriums, auf das ich vorhin eingegangen bin und das umgehend Hilfen für Privathaushalte auszahlt.

Hilfe – jetzt, schnell, unbürokratisch und sofort. Meine Damen und Herren, das ist Bayern. Hierin unterscheiden wir uns von allen anderen Ländern in Deutschland. Wir werden auch auf diesem Weg erfolgreich weitergehen. Die Anträge von SPD und GRÜNEN werden wir heute ablehnen. Gleichwohl erkläre ich bereits an dieser Stelle, dass wir uns mit vielen Punkten sehr intensiv und nachhaltig auseinandersetzen werden. Es sind auch gute Vorschläge dabei. Diese wollen wir in aller Ruhe in den Fachausschüssen diskutieren und anschließend im Plenum wieder vorlegen. Heute werden wir, wie bisher, im Rahmen der Dringlichkeitsanträge nicht über die langfristigen Konsequenzen, die aus dem Unwettergeschehen zu ziehen sind, oder über die internationale Klimapolitik diskutieren. Dies schmälert aber nicht die laufende, ernsthafte und fachliche

Auseinandersetzung mit der Gesamtthematik durch die CSU-Fraktion und die Staatsregierung.

Die Umsetzung des Hochwasserschutz-Aktionsprogramms 2020plus mit seinen höheren Sicherheiten und einer besseren Absicherung gegen Überlastungen war und ist der richtige Weg. Das Programm wird um die Komponente Sturzfluten erweitert werden. Damit wird der Hochwasserschutz insbesondere an kleinen Gewässern noch mehr gestärkt, Flüsse werden renaturiert, Auen wiederhergestellt und Deiche rückverlegt. Alle diese Forderungen sind längst auf den Weg gebracht.

Das Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020plus werden wir nicht nur konzeptionell, sondern auch finanziell weiter fortsetzen. Mit dem Klimaschutzprogramm Bayern 2050 ist bereits vor zwei Jahren beschlossen worden, die Trilogie aus Forschung, Klimaschutz und Klimaanpassung mit einem Volumen von 170 Millionen Euro auszustatten. Angriffe, die heute früh gegen unsere bäuerliche Landwirtschaft geäußert wurden, sind großer Unsinn und deshalb nachdrücklich zurückzuweisen. Aktuelles Ziel unserer heutigen Initiative ist es, dass durch derartige Unglücksfälle niemand in seiner Existenz gefährdet wird und dass wir uns noch besser auf die durch den Klimawandel bedingten Extremwetterlagen vorbereiten können. Der Antrag ist näher am Menschen, zuverlässig und bedarfsgerecht. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Dünkel. – Nächster Redner ist der Kollege Aiwanger, bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben dieses Thema heute schon zum zweiten Mal. Heute früh hatten wir es in der Aktuellen Stunde. Ich glaube, dem Thema ist eine nochmalige Behandlung und Beleuchtung von allen Seiten angemessen. Wir hatten das Thema

Hochwasser im Jahr 2013 zum letzten Mal intensiv erfahren müssen. Damals waren es in erster Linie angeschwollene Flüsse, die über die Ufer traten und das Land versenkten. Diesmal waren es lokale Niederschlagsereignisse, die die örtlichen Siedlungen unter Wasser setzten.

Ich war selber an Ort und Stelle in Simbach am Inn, wo der Dammbruch gewesen ist, und zwar diesmal von innen nach außen. Das ist ganz fatal. Dort war ein Hochwasserdamm, der verhindern sollte, dass das Hochwasser vom Inn aus nach Simbach hineindrückt. Dieser Damm war diesmal die Sperre, die verhindert hat, dass Wasser von innen zum Fluss hin abfließt. Das Wasser ist bis zu fünf Meter hoch gestiegen, bis zu den Fenstern des ersten Stocks. Dort sind die Menschen ertrunken. Dann ist ein Damm geplatzt, und das Wasser ist abgeflossen. Man muss bei diesem Thema mit allem rechnen, vor allem mit dem Phänomen des örtlichen Niederschlags. Deshalb müssen die Konzepte mindestens um dieses Phänomen ergänzt werden.

Wir müssen die Ideologie an den Nagel hängen. Ich habe in dem Antrag der GRÜNEN gelesen, Grünlandflächen sollten rückverwässert und die Funktion von Abwassergräben sollte aufgehoben werden, um wieder Nasswiesen herzustellen. Das mag Sinn machen, wenn man die Klimapolitik insgesamt ins Auge fasst. In der bestehenden Situation wäre es aber vielleicht sogar kontraproduktiv, vernässte Flächen zu haben, die keine Niederschläge mehr aufnehmen.

Wir müssen hier mit anderen Konzepten herangehen. Wir FREIE WÄHLER sind der Überzeugung: Wir müssen mit einer dezentralen Sichtweise an das Problem herangehen. Wir müssen uns ganz gezielt die Siedlungen anschauen und ganz gezielt herausfinden, wie verhindert werden kann, dass das vor Ort zusammenfließende Wasser in die Häuser eindringt. – Ich habe auf dem Handy eine Nachricht von Personen, deren Haus ebenfalls betroffen ist, weil in meiner Heimatgemeinde Rottenburg das Wasser aus den Äckern mit einer Einzugsfläche von 100 Hektar zusammengeflossen ist und dort zu viel geworden ist.

Wir müssen Ansätze entwickeln. Das geht nur gemeinsam mit den Kommunen. Bis dato ist in den Förderprogrammen leider nicht vorgesehen, den Kommunen dabei zu helfen, vor Ort Rückhaltemaßnahmen vorzunehmen. Natürlich ist die Kombination mit erosionsbildenden Maßnahmen richtig, natürlich ist der Gedanke richtig, riesige Maisflächen für Biogas vielleicht mit anderen Pflanzen zu bepflanzen, die den Boden besser halten. Dazu müssten die Förderkonzepte geändert werden, damit auch Alternativpflanzen wirtschaftlich wettbewerbsfähig sind. Auch diese Aspekte müssen in die Debatte aufgenommen werden, anstatt nur zu sagen, liebe Bauern, macht das nicht mehr. Die Bauern sind wirtschaftlichen Zwängen ausgesetzt und werden weiter so handeln, wenn der Staat und die Gesellschaft nicht die Rahmenbedingungen so verschieben, dass auch andere Anbaumethoden an der jeweiligen Stelle lukrativ sind.

Außerdem müssen wir, wie gesagt, die Kommunen in die Lage versetzen, diese Konzepte umzusetzen. Viele Bürgermeister hätten hier sehr viel mehr vor und würden sehr viel mehr tun. Bis dato war es aber so, dass mindestens auf den Schutz vor hundertjährlichem Hochwasser abgezielt werden musste, um eine ordentliche Förderung zu erhalten. Für Kleinmaßnahmen gibt es zu wenig Mittel. Das ist auch am bisher sehr dürftigen Ergebnis ablesbar. Bisher sind bei den Gemeinden viel zu wenige Hochwasserrückhaltemaßnahmen umgesetzt. Darum muss es sich aber drehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das soll nicht heißen, dass man alles andere aus den Augen lässt. Aber die seit dem Jahr 2013 favorisierte Zielsetzung, vor allem große Polder mit Milliardenaufwand in die Landschaft zu stellen, hilft hier nicht. Solche Polder können dann helfen, wenn der Fluss selbst zu viel Wasser bringt. Aber gerade jetzt sind diese Polder völlig überflüssig, in Einzelfällen vielleicht sogar kontraproduktiv, wie die Auswirkungen zeigen. Hier müssen wir ansetzen.

Der Freistaat Bayern darf sich nicht allein auf sich verlassen. Natürlich wird es am Ende leider Gottes vermutlich so ausgehen. Aber wir müssen jetzt ganz laut an den

Bund herantreten. Meine Damen und Herren, das ist in dieser Situation keine juristische Frage, sondern auch eine moralische und strategische Frage; denn ich sage Ihnen voraus: Wenn der Fluthilfefonds auf Bundesebene, der mit einigen Milliarden Euro gefüllt ist, jetzt nicht angetastet werden darf, wird sehr schnell die politische Debatte einsetzen. Dann organisiert das jeder für sich selbst. Dann macht es jeder wieder auf eigene Rechnung. Aber wir zahlen doch nicht ein, damit am Ende andere das Geld aus dem Fonds bekommen, wenn sie derartige Probleme haben, und wir nicht. So wird die Debatte laufen. Ich bitte darum, alles in unserer Macht Stehende zu tun, Bundesmittel abzurufen, um den Solidargedanken zu retten. Ich empfinde das als schäbig vom Bund, wenn er sich hier aus der Verantwortung zieht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gleiches gilt für mögliche europäische Fonds. Auch auf dieser Ebene gibt es einige infrage kommende Fonds. Ich bitte, auch hier die Fühler auszustrecken. Natürlich wird der Freistaat am Ende viele Kosten selber tragen müssen. Ich bitte die SPD, in diesem Zusammenhang nachher darzustellen, wie sie sich ihren Fluthilfefonds vorstellt. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, dass es vielleicht falsch ist, jetzt Geld für den Fall einzusammeln, dass etwas passiert, und dann den Schaden zu reparieren. Wir würden lieber möglichst viel im Vorfeld investieren, um Schäden zu verhindern, anstatt Geld zur Seite zu legen und zu sagen, wenn etwas passiert, haben wir Mittel zur Verfügung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei der CSU hat es sich heute Vormittag ein bisschen ähnlich angehört, nach dem Motto: Weil wir im Freistaat Bayern über Jahre hinweg so sparsam gewirtschaftet haben, haben wir jetzt das Geld, um dort zu helfen. Vielleicht hat man an der falschen Stelle gespart. Ich nenne das Stichwort Wasserwirtschaft, ich nenne das Stichwort Ämter für Ländliche Entwicklung, ich nenne das Stichwort kommunale Hochwasser-

schutzmaßnahmen. Dort wäre vielleicht der eine oder andere Euro, der gespart worden ist, gut angelegtes Geld gewesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich komme zu den Helfern vor Ort. In den letzten Tagen ist die Bundeswehr dazugekommen. Anfangs tragen natürlich die Hilfskräfte vor Ort, die Feuerwehren und die anderen Hilfsorganisationen die Last. Ich wiederhole das, was ich heute Vormittag gesagt habe: Natürlich ist es mehr als angebracht, diesen Leuten wieder zu danken in Form von Einladungen, die kommen werden; aber es darf nicht dabei bleiben.

Wir müssen jetzt schnellstmöglich das Thema Helfergleichstellung umsetzen. Dieses Thema steckt seit Monaten und Jahren in der Pipeline fest, je nachdem, zu welchem Zeitpunkt man den Beginn des politischen Denkens darüber ansetzen will. Draußen herrscht eine schlechte Stimmung bei all denjenigen, die nicht zur Gänze unter die Helfergleichstellung fallen, etwa bei den Angehörigen des Roten Kreuzes und dergleichen mehr, die deshalb bei den Ausbildungen, die sie in ihrer Freizeit machen müssen, nicht so abrechnen können wie andere. Da jetzt der Katastrophenknopf gedrückt ist, sind sie jetzt vielleicht in der Abrechnung der Stunden usw. gleichberechtigt. Um diese Organisationen auf Dauer aufrechtzuerhalten und für junge Leute interessant zu halten, die dort Mitglied werden und mitmachen sollen, bitte ich darum, das Thema Helfergleichstellung noch heuer über die Bühne zu bringen, und zwar in Form einer vollen Helfergleichstellung in Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es wird auch darauf ankommen, die Schäden jetzt möglichst schnell zu begleichen. Es kam sehr schnell die Aussage, dass alles irgendwie über die Landratsämter angemeldet und abgerechnet werden kann. Ich bin im täglichen Kontakt mit unserem Landrat in Landshut. Ich bin auch in fast täglichem Kontakt mit einem Bürgermeister in Neufahrn in Niederbayern, das massiv von dem Unwetter betroffen ist. Es wird mit

einem Schaden an der kommunalen Infrastruktur in Höhe von einer Million Euro gerechnet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Folgendes würde ich als Lackmustest dafür verwenden wollen, wie wir mit diesem Unwetter umgehen. Bis heute weiß dieser gute Mann aus Neufahrn nicht, ob eine Entschädigung gezahlt wird. Der Landkreis Landshut ist in die Kategorie hundertjährliches Hochwasser eingestuft. Den in die Kategorie tausendjährliches Hochwasser Eingestuften in Rottal-Inn wird vielleicht noch einiges mehr ersetzt, was ihnen auch herzlichst gegönnt ist. Wir müssen aber auch an anderer Stelle, zumindest dort, wo besondere Härten vorhanden sind, entsprechend herangehen, statt zu sagen: Okay; du bist leider nur von einem hundertjährlichen Hochwasser betroffen, nicht von einem tausendjährlichen, und deshalb kannst du mit deinem Bauhof deine Wirtschaftswege selber instand setzen und dies auch selber bezahlen. Viele dieser Kommunen werden das dann nicht, zumindest nicht zeitnah, leisten können. Die Bürger werden über eine längere Zeit eine schlechte Infrastruktur ertragen müssen. Dann sind solche Wege vielleicht noch mit einem robusten Traktor befahrbar, aber nicht mehr mit dem Pkw. Das wäre eine Politik gegen die Attraktivität dieser Regionen, dieser Räume.

Wir müssen also – und darum bitte ich Sie, Herr Söder; Sie sprechen ja dazu nachher – für solche konkreten Beispiele Lösungen bringen, die auch vor Ort weiterhelfen. Ich bringe noch einmal das Beispiel Neufahrn in Niederbayern. Kann ich einem solchen Bürgermeister nach der heutigen Veranstaltung sagen: Jawohl, deine Wirtschaftswege werden repariert; du bekommst Geld dafür, auch wenn du das mit eigenem Bauhofpersonal machst, auch kostendeckend machst? Ich will nicht, dass es heißt: Der Bauhof ist ja sowieso da – sogenannte "Eh-da-Kosten", die eh da sind –, und der wird dann die Wege in den nächsten Monaten schon reparieren. Die Alternative wäre dann nämlich die Überlegung: Dann sind wir eben nicht dafür da und geben die Rechnung weiter, da wir eine Baufirma einsetzen, die das repariert.

Hier ist zeitnah Klarheit erforderlich, damit die Kommunen wissen: Sollen wir mit dem Bauhof ausrücken; sollen wir die Dinge reparieren, oder sind wir am Ende die Dummen, wenn wir es selber machen, weil wir keine Rechnung haben? Wird es bezahlt, oder wird es nicht bezahlt? Das ist jetzt in den nächsten Tagen zu klären, ich gehe sogar so weit zu sagen: individuell zu klären. Jetzt geht es nicht um Zehntausende betroffener Bürgermeister, sondern um einige Dutzend oder vielleicht einige Hundert. Man sollte wirklich jeden Fall persönlich in Augenschein nehmen. Der Bürgermeister soll sagen, wie groß der geschätzte Schaden ist. Dann kann gerne jemand kommen und sich das anschauen. Dann kann man ihm sagen: Für deine Gemeinde empfehlen wir folgendes Vorgehen. Dann weiß der gute Mann zumindest, wie es weitergeht. Wie gesagt: Jetzt ist die Zeit, hier Klarheit zu schaffen. Ich hoffe, dies kommt in den Reden anschließend zum Ausdruck.

Also noch einmal: Wir fordern Mittel vom Bund und von Europa, mindestens aber vom Bund. Diese Gelder liegen bereit. Wenn die das nicht bringen, können wir zusperren. Wir fordern, die kommunale Infrastruktur mit allen Methoden wieder instand zu setzen. Wir fordern vorbeugend dezentralen kommunalen Hochwasserschutz. Wir fordern, im Bereich der Landwirtschaft auch mit gezielter Nachjustierung von Förderprogrammen beim Maisanbau in kritischen Lagen nachzubessern, die Bauern aber nicht an den Pranger zu stellen. Das ist zu lösen. Wir wollen den Hilfsorganisationen nicht nur warme Worte, sondern auch Taten liefern.

Ganz zum Schluss noch einmal unser tiefes Bedauern der Todesopfer und unser Mitgefühl an die Hinterbliebenen! Das sind harte Schicksale. Ich war in Simbach beim Nachbarn der Ertrunkenen. Er hat geschildert, wie der Wasserspiegel fast bis zur Dachrinne gestiegen ist. Die Menschen wurden von den Dächern gerettet. Meine Damen und Herren, das sind Szenen wie aus der Apokalypse. Die Politik ist hier gefordert, soweit es geht, künftig Ähnliches abzumildern oder zu verhindern und den Betroffenen schnellstmöglich und voll zur Seite zu springen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Aiwanger. – Zur Zwischenbemerkung hat sich Kollege von Brunn gemeldet. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Aiwanger, unter Nummer 6 Ihres Dringlichkeitsantrags fordern Sie von der Staatsregierung ein Konzept zur Vorbeugung von Flutschäden, das Kommunen dabei unterstützt, vor Ort dezentrale Rückhaltemaßnahmen zu realisieren. Was heißt denn das konkret? Wie soll das denn konkret aussehen? Wie lässt sich das mit dem sinnvollen Vorschlag zusammenbringen, den wir gemacht haben, dass der Freistaat und die Wasserwirtschaft mehr Verantwortung für Gewässer dritter Ordnung übernehmen sollen? Wie lösen Sie interkommunale Fragen, wenn das Wasser auf das Gemeindegebiet einer anderen Kommune fließt? – Oberlieger-Unterlieger-Problematik. Vielleicht können Sie uns dazu noch einige zusätzliche Details liefern.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ganz gerne. In meinen Augen ist es so, dass man jetzt gezielt Siedlungen in Augenschein nehmen muss, die betroffen sind. Dies gilt aber auch für andere Ortschaften. Man muss sich ansehen, wo das Wassereinzugsgebiet ist, das konkret ein Dorf, eine Stadt bedroht. Dann nimmt man eine 100-Hektar-Planung für einen Bereich vor,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

der zum Beispiel wie jener in einem Ortsteil der Gemeinde Rottenburg betroffen war. Es ist zu klären, wie viel Wasser diese 100 Hektar bringen können. In Rottenburg war es offensichtlich zu viel, weil das Wasser in den Häusern war. Wenn es sich außerhalb der Ortschaft um eine Geländemulde handeln sollte, die geradewegs auf die Ortschaft zuläuft, muss eventuell ein Wirtschaftsweg vorgeschaltet werden, der als Querverbauung eine Dammfunktion hat, bei dem kleine Kanalrohre das Wasser langsam abflie-

ßen lassen, damit nicht die gesamte Sturzflut von 100 Hektar wie eine einen Meter hohe Wasserwalze durchs Dorf läuft, sondern außerhalb abgepuffert, abgestuft und abgefangen wird, oder aber ein Wasserfluss muss umgeleitet werden, sodass er an dem Dorf vorbeigeht. Jede Situation ist individuell zu betrachten.

Noch einmal: Der Ansatz ist, ganz gezielt zu schauen, wo sich Wasser sammelt, das am Ende eine Ortschaft bedrohen kann, und dann Baumaßnahmen vorzuschalten, um eine Überflutung zu verhindern.

Sie fragen nach der kommunalen Zusammenarbeit. Diese ist ganz natürlich. Wenn der Geländeausschnitt der Nachbarkommune vielleicht dazu führt, dass Wasser herüberkommt, muss auch an den Unterlieger gedacht werden. Es kann nicht heißen: Das ist ja uns egal; das Wasser hat unsere Gemeindegrenze bereits verlassen; wir leiten das Wasser nur an uns vorbei, und dann ist das für uns vom Tisch. Dies war ein gewisser Gedankenfehler bei den Flurbereinigungen der Siebziger- und Achtzigerjahre. Gräben wurden schnell kanalisiert – aus den Augen, aus dem Sinn –, und unten war plötzlich zu viel Wasser.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Aiwanger. – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Müller. Bitte schön, Frau Müller.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich am Anfang an die Betroffenen in den Katastrophenregionen denken. Die vielen tragischen Schicksale haben uns berührt. Wir haben bereits letzten Mittwoch während der Plenarsitzung fassungslos die neuesten Meldungen im Internet verfolgt. Ich möchte allen Ehrenamtlichen, die mit ihren Hilfsorganisationen vor Ort waren und beim Abpumpen, Aufräumen und bei der Versorgung und Bergung von Verletzten geholfen haben, danken. Viele freiwillige Privatpersonen haben mit angepackt oder gespendet. Auch die Flüchtlinge haben gezeigt, dass sie wissen, dass Integration und Hilfsbereitschaft auf Gegenseitigkeit beruhen.

(Beifall bei der SPD)

Ich war selbst in meinem eigenen Landkreis auch zusammen mit unserem Fraktionsvorsitzenden Markus Rinderspacher in betroffenen Gemeinden unterwegs. Wir haben uns vor Ort ein Bild von den Schäden in materieller und psychischer Hinsicht gemacht. Auch wenn der Schlamm weggeräumt ist, die Häuser wieder trocken sind und der Hausrat erneuert ist, werden bei den Betroffenen seelische Wunden bleiben.

Auf der politischen Ebene sind wir aber jetzt gefordert, den Blick nach vorne zu richten und aus den Ereignissen zu lernen, um für neue Herausforderungen gewappnet zu sein. In diese Richtung zielt auch unser Dringlichkeitsantrag. Wir brauchen für einen besseren Hochwasserschutz schnellere Entscheidungen und Finanzierungszusagen, wenn Kommunen bei Renaturierungen und Hochwasserschutz aktiv werden wollen oder können. Hier rächt es sich, dass das Personal bei den Wasserwirtschaftsämtern und den Ämtern für Ländliche Entwicklung in den vergangenen Jahren abgebaut wurde.Viele Kommunen warten ewig auf die Entscheidungen, bis sie mit einer Baumaßnahme beginnen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine bessere Risikoabschätzung für Regionen, die von Hochwasser oder von Sturzfluten bedroht sind. Unser Katastrophenschutz, die Alarmierungsketten und die technische Ausstattung der Hilfsorganisationen benötigen dringend ein Update. Die Finanzierung darf nicht allein auf die Schultern der Kommunen abgeladen werden oder zulasten der Hilfsorganisationen gehen. Wir brauchen ein Sondervermögen "Katastrophenhilfe Bayern" für unbürokratische Hilfen. Abweichend vom vorliegenden Antrag soll die Formulierung wie folgt lauten:

2. Es wird ein Sondervermögen "Katastrophenhilfe Bayern" angestrebt, aus dem bei außergewöhnlichen Notständen durch Elementarereignisse sowohl unbürokratische Soforthilfe an Privathaushalte, Unternehmen und Kommunen geleistet

wird als auch Maßnahmen zur Beseitigung von Schäden und zum Wiederaufbau finanziert werden.

Wir brauchen aber auch eine Debatte darüber, ob und, wenn ja, wie eine Pflichtelementarschadenversicherung eingeführt wird. Nur weil der Koalitionsvertrag im Herbst 2017 ausläuft, kann er nicht jetzt schon für ungültig erklärt werden.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem bereits in der Aktuellen Stunde von vielen Seiten hier im Haus die Unterstützung des Bundes eingefordert wurde, möchte ich nur darauf aufmerksam machen, dass die Bundesministerin Barbara Hendricks von der SPD bereits gestern deutlich gemacht hat, dass sie betroffene Gemeinden im Rahmen von Stadtentwicklungsprogrammen beim Wiederaufbau unterstützen will. Für die weiteren Hilfen sind das unionsgeführte Innenministerium und das Finanzministerium zuständig.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Deshalb lautet unser dringender Appell an die Staatsregierung: Setzen Sie hier alle Hebel in Bewegung, um Ihren Ministerkollegen auf Bundesebene deutlich zu machen, dass die Menschen in Bayern Hilfe brauchen!

(Beifall bei der SPD)

Im Landkreis Rottal-Inn brauchen die Behörden und die Betroffenen unbürokratische und schnelle Hilfe. Die kommunale Familie hat über die Landkreisgrenzen hinweg bereits ihre Unterstützung zugesagt. Der Landrat des Landkreises Rottal-Inn hat die anderen Landräte in Niederbayern um Amts- bzw. Personalhilfe gebeten. Die Unterstützung der kommunalen Familie funktioniert. Aber neben den finanziellen Hilfen brauchen die Behörden auch Amtshilfen. Deshalb sollten die besten Mitarbeiter aus den Ministerien ins Rottal entsandt werden, um den Kommunen unterstützend und entlastend zur Seite zu stehen.

(Beifall bei der SPD)

500 Häuser müssen dort aller Voraussicht nach abgerissen werden. Auch hier muss der Freistaat helfen, dass die Menschen mit Behelfscontainern ein Dach über dem Kopf bekommen, bis sie wieder so leben können, wie sie es vor dem 1. Juni 2016 tun konnten.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Müller. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Magerl. Bitte schön.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Auch mir ist es ein Anliegen, am Anfang persönlich der Toten zu gedenken und das Mitgefühl mit den Trauernden auszusprechen. Wir denken auch an die vielen Verletzten und wünschen ihnen eine baldige Genesung, damit sie für den Wiederaufbau ihrer Heimat wieder zur Verfügung stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Starkregenereignisse der letzten Wochen nicht nur in Bayern, sondern auch in mehreren anderen Bundesländern – wir sind hier nicht allein Betroffene – haben unendliches Leid über zahlreiche Menschen gebracht. Den Betroffenen gebührt unsere umfassende Solidarität und unser Mitgefühl.

Jetzt müssen alle nötigen Anstrengungen unternommen werden, dass Privatpersonen, Firmen und Kommunen Hilfe bekommen. Ich meine nicht nur finanzielle Anstrengungen, sondern beispielsweise auch Genehmigungen. Dabei nenne ich nur die Beseitigung der riesigen Mengen an Müll, die man bewältigen muss.

Unser Dank gilt auch den vielen Helferinnen und Helfern, den ehrenamtlichen wie den hauptamtlichen. Unser Dank gebührt den Behörden, die geholfen haben, und den Kommunen. Wir müssen jetzt schnell, umfassend und unbürokratisch Hilfe finanzieller

Art, aber auch anderer Art leisten. Wir werden den Leuten möglicherweise auch psychologische Hilfe zur Verfügung stellen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir schließen uns den schon vorgetragenen Forderungen an den Bund ausdrücklich an. Der Bund muss jetzt den Hilfsfonds dafür verwenden, großzügig zu helfen. Die Hilfe gebührt den Betroffenen in Bayern, aber auch den Betroffenen in den anderen Bundesländern. Wir sind solidarisch mit einer Gemeinde wie Braunsbach, wo das erste Unwetter niedergegangen ist, und mit den Betroffenen in Ahrweiler, die mit dem Hubschrauber ausgeflogen werden mussten, und mit den Betroffenen in Nordrhein-Westfalen und in Hamburg, wo noch ein katastrophaler Tornado dazugekommen ist. Da muss der Bund jetzt großzügig helfen. Nach dem, was ich gehört habe, enthält der Fonds noch rund vier Milliarden Euro. Der Bund kann nicht auf dem Geld sitzen bleiben, während die Bevölkerung Not leidet. Da muss Hilfe her!

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Wir sollten uns aber auch damit befassen, was passiert ist und wie wir schnellstmöglich mit dem Hochwasserschutz in Bayern vorankommen. Ich sage klar und deutlich eines, damit ich hier nicht missverstanden werde: Die Niederschlagsereignisse, bei denen an mehreren Stellen deutlich über 100 Liter Regen pro Quadratmeter gefallen sind, wird man mit herkömmlichen Maßnahmen des Hochwasserschutzes in der Regel nicht in den Griff bekommen. Es wird keinen absoluten Schutz geben. Wir werden keinen absoluten Schutz an allen Gewässern herstellen können. Ich weiß auch – die Ministerin hat heute früh schon darauf hingewiesen –: Die Länge der Flüsse in Bayern beträgt über 90.000 Kilometer. Wir werden sie nicht alle renaturieren oder den Schutz herstellen können. Aber wir dürfen vor der Zahl nicht kapitulieren, sondern wir müssen das Problem schnell angehen, sodass wir hier vorankommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Auf die Maßnahmen des Hochwasserschutzes werde ich gleich eingehen. Der Kollege Hartmann hat es heute früh schon gesagt, und der Kollege Stümpfig wird es beim nächsten Dringlichkeitsantrag zum Klima und zum EEG noch einmal sagen: Viele Fachleute, gerade die Fachleute des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, sagen uns klar: Dies ist der Klimawandel. Auch Herr Ministerpräsident Seehofer hat bei seinem Besuch im Überschwemmungsgebiet gesagt: Ja, das sind die Folgen des Klimawandels. Wir müssen jetzt wesentlich stärker ran an den Klimaschutz. Wir brauchen hier eine radikale Politikwende hin zu mehr Klimaschutz in unserem Land;

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Bravo!)

denn nur damit können wir in Zukunft derartige Ereignisse vielleicht ein bisschen eindämmen und dazu beitragen, dass die Häufigkeit dieser Ereignisse nicht zunimmt, sondern irgendwann einmal wieder abnimmt.

Der Internetdienst "WetterOnline" schrieb vor wenigen Stunden: "Historische Gewitterlage geht zu Ende". Erfreulich ist, dass sie zu Ende geht. Aber es war eine historische Gewitterlage, wie wir sie nach Einschätzung von "WetterOnline" offensichtlich noch nicht gehabt hatten. Deshalb müssen wir beim Klimaschutz deutlich besser vorankommen und deutlich mehr Gas geben. Wir müssen auf den Gebieten erneuerbare Energien, Wärmedämmung und insbesondere Verkehr eine ganz andere Richtung einschlagen. Sie fördern mehr Verkehr, machen mehr Anmeldungen beim Bundesverkehrswegeplan, wollen eine neue Startbahn usw. Das ist kontraproduktiv beim Klimaschutz. Wir brauchen dringend eine Verkehrswende in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme jetzt zu den Maßnahmen des Hochwasserschutzes. Wir müssen zusehen, dass wir alle Möglichkeiten der Hochwasserrückhaltung nutzen, und zwar in der ganzen Fläche. Wir müssen hier für die ganze bayerische Fläche denken. Wenn das Wasser einmal in den großen Flüssen ist, ist es sehr häufig zu spät. Wir müssen bei den Einzugsgebieten der Quellen und der kleinen Flüsse ansetzen. Wir fordern ganz klar,

dass wir einen weiteren Schwerpunkt auch finanzieller Art brauchen, um an den Gewässern dritter Ordnung anzusetzen. Wir können die Kommunen nicht mit diesem Problem allein lassen; denn das macht die große Masse aus. Schon das Hochwasser 2013 hat gezeigt, dass viele Gebiete in Bayern nicht aufgrund der großen Flüsse abgesoffen sind, sondern aufgrund von besonderen Umständen: Freising wurde beispielsweise aufgrund des Thalhauser Grabens und des Wippenhauser Grabens überschwemmt, die außer ein paar Freisingern niemand kennt.In Simbach war es ähnlich: Die Bäche, die auf den Simbach zulaufen, kennen nur die Bewohner des Ortes, und selbst von denen vielleicht nicht alle. Deshalb müssen wir einen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verbesserung des Wasserrückhalts in der Fläche legen, speziell bei Gewässern dritter Ordnung. Darüber müssen wir dringend nachdenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen den Flüssen endlich wieder mehr Raum geben, damit sie das zusätzliche Wasser aufnehmen können. Ich wiederhole es: Einen hundertprozentigen Schutz vor Hochwasser wird es nicht geben. Möglich ist aber ein Abmildern bzw. Strecken der Hochwasserspitze. Zumindest eine Verlängerung der Vorwarnzeit müssen wir anstreben.

Wir müssen uns die Land- und Forstwirtschaft insgesamt anschauen. Auf 47 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche des südlichen Landkreises Passau wird Mais angebaut. Das ist eine Hausnummer. Ich möchte niemanden an den Pranger stellen – ich könnte auch Zahlen aus anderen Landkreisen nennen –, aber wir werden uns darüber unterhalten müssen, wie wir mit diesem hohen Anteil umgehen wollen.

Wir brauchen eine bessere Schutzwaldsanierung.

Die Dämme sind zurückzuverlegen, und die Flussbaumaßnahmen sind an allen bayerischen Flüssen am Hochwasserschutz auszurichten.

Dass Retentionsräume beplant werden bzw. dass in diese hineingebaut wird, muss endlich aufhören. Dieser Appell geht in erster Linie an die Kommunen. Aber auch die Staatsregierung sollte besser hinschauen, wenn es darum geht, was in Überschwemmungsgebieten alles läuft. Herr Staatsminister Söder, die Bayernhafen-Gruppe, eine 100-%ige Tochter des Freistaates, plant, den Hafen Regensburg in einen Retentionsraum hinein zu erweitern. Es kann nicht sein, dass der Freistaat mit einem derart schlechten Beispiel vorangeht. Wenn sich der Freistaat so verhält, können wir die Kommunen lange ermahnen. Sie werden sagen: Ihr seid nicht besser; wir machen so weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist dringlich, dass in den Gebieten, in denen mit Überschwemmungen zu rechnen ist, Heizölheizungen verboten werden. Vermutlich wird sich herausstellen, dass auch diesmal das Heizöl eine der wesentlichen Schadenskomponenten ist. Dieses Problem müssen wir angehen.

Wir brauchen dringend Handlungsprogramme zur deutlichen Minderung des Flächenverbrauchs und zur Rücknahme der Bodenversiegelung. Entsprechende Vorhaben müssen zügig umgesetzt werden. Selbst nach den neuesten Statistiken liegen wir in Bayern noch bei 4.000 Hektar Flächenverbrauch pro Jahr; das ist ein halber Chiemsee. Ein solcher Flächenverbrauch ist mit Abstand zu hoch. Das geht nicht.

Wir müssen Modelle zur besseren finanziellen Absicherung der Menschen entwickeln. Wenn ich alle Bundesländer zusammen betrachte, komme ich zu der Einschätzung, dass der aus den diesjährigen Ereignissen resultierende Schaden höher liegt als beim Hochwasser des Jahres 2013. Das ist kein regionales Ereignis mehr.

Wir müssen schauen, ob es möglich ist, gemeinsam mit der Versicherungswirtschaft die Elementarschadensversicherung an die durch den Klimawandel verstärkt auftretenden Schäden besser anzupassen. Möglicherweise müssen wir sie als Pflichtversicherung – mit staatlicher Unterstützung – ausgestalten. Ich möchte mich noch nicht

festlegen, aber in diese Richtung müssen wir zumindest denken. Denkverbote darf es jedenfalls nicht geben. Vielleicht sollten wir ausschussübergreifend eine Anhörung zu diesem Thema ansetzen, um endlich weiterzukommen.

Wir formulieren in unserem Antrag zahlreiche Forderungen und unterbreiten viele Vorschläge, wie wir beim Hochwasserschutz vorankommen können. Ich hoffe, Sie können unserem Antrag folgen.

Da die Anträge der anderen Fraktionen zumindest in die richtige Richtung gehen, werden wir ihnen zustimmen, auch wenn es an der einen oder anderen Stelle etwas zu fieseln bzw. umzuformulieren gäbe. Uns jedenfalls geht es hier um das große Ganze, den Hochwasserschutz. Wir müssen in diesem Bereich schnellstens vorankommen.

Die Menschen draußen, so ist mein Eindruck, sind zunehmend der Überzeugung, dass im Rahmen des Klimawandels etwas aus den Fugen geraten ist. Die Heimat, für viele der Ort des Urvertrauens, wird nicht mehr als sicher angesehen. Dem müssen wir mit einem großen Bündel an Maßnahmen entgegentreten. Wir stehen vor einer gigantischen Herausforderung. Das, was wir in der Vergangenheit gemacht haben, ist mir zu wenig. Wir müssen die Anstrengungen deutlich verstärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Magerl. – Nächster Redner ist Herr Kollege Knoblauch. Bitte schön.

Günther Knoblauch (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass wir, das Plenum insgesamt, im Interesse unserer Bevölkerung, besonders im Interesse der Menschen in den betroffenen Landkreisen, heute aufgefordert sind, eine Debatte in möglichst großer Geschlossenheit zu führen. Deswegen bin ich ein wenig enttäuscht, Herr Dünkel, dass wir von Ihnen erfahren mussten, dass die CSU unsere Anträge ablehnen will. Auch wir hätten an den Anträgen der anderen Fraktionen das eine oder andere zu korrigieren bzw. zu ergänzen. Entscheidend ist,

dass wir, das Parlament, uns heute positionieren: Wir stehen hinter unserer Bevölkerung in Bayern. Wir wollen ein Zeichen setzen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Wir haben vorgestern im Haushaltsausschuss ein Signal gesetzt und gemeinsam abgestimmt. Wir waren uns einig, dass an das Ministerium verschiedene Anliegen heranzutragen sind, um zu Regelungen zu kommen, mit denen wir für die Zukunft gewappnet sind. Ich möchte mich auf ein paar Punkte beschränken, die damit etwas zu tun haben.

In dem Programm, das uns vom Ministerium vorgelegt worden ist, wird eine Abstufung vorgenommen. Wir lesen etwas von tausendjährlichem Hochwasser, von hundertjährlichem Hochwasser und von Flächen, die von sonstigen Hochwasserereignissen betroffen sind. Warum wird dieser Unterschied gemacht? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, dem Betroffenen, der sein Haus, seine Existenz verloren hat, ist es so etwas von egal, ob das ein tausendjährliches, ein hundertjährliches oder ein dreijährliches Hochwasser ist. Er will Hilfe, und diese Hilfe müssen wir ihm geben!

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Es kann nicht sein, dass wir Betroffene erster, zweiter und dritter Klasse haben. Insoweit bedarf das Programm der Änderung.

Ich komme zum nächsten Punkt. Wir müssen den Kommunen viel mehr helfen. Das Hilfspaket enthält unterschiedliche Erstattungs- und Förderungsregelungen für die Kommunen. Uns allen muss klar sein, dass insbesondere Kommunen im ländlichen Raum betroffen sind. Einerseits wird auf die Bagatellgrenze von 100.000 Euro laut FAG verwiesen. Andererseits wird die Bagatellgrenze, wenn es um Straßen und Brücken geht, von 50.000 auf 0 Euro gesenkt. Das kann doch nicht sein. 100.000 Euro sind für eine kleine Gemeinde doch keine Peanuts. Wenn die Schule, die Turnhalle

oder sonstige wichtige Einrichtungen betroffen sind, dann müssen wir doch helfen. Deshalb gehören diese Bagatellgrenzen abgeschafft.

(Beifall bei der SPD)

Es reicht auch nicht aus, dass in dem Papier darauf hingewiesen wird, es gebe noch Bedarfszuweisungen. Ich weiß, dass viele Kollegen auch in kommunalen Parlamenten mitwirken. Wir wissen, dass bei der Beantragung von Bedarfszuweisungen von der Kommune wirklich alles offengelegt werden muss. Dann wird gesagt, die Kommune müsse diese freiwillige Leistung streichen, jene freiwillige Leistung streichen, und die dritte freiwillige Leistung am besten auch noch. Das alles darf sie nicht mehr anbieten, wenn sie Bedarfszuweisungen haben möchte. Eine betroffene Kommune braucht aber keine doppelte Bestrafung, sondern vielmehr Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der Infrastruktur. Auch dafür müssen wir etwas machen.

(Beifall bei der SPD)

Letztlich haben wir drei wichtige Aufgaben. Erstens. Es darf nicht mehr sein, dass erst dann etwas in die Parlamente kommt und beschlossen wird, wenn schon etwas passiert, das heißt die Katastrophe eingetreten ist. Wir brauchen vielmehr dauerhafte Regelungen, auf die sich die Menschen verlassen können. Sie müssen wissen: Wenn das Schadensereignis eintritt, dann wird mir geholfen, egal in welchem Landesteil von Bayern ich lebe.

Zweitens brauchen wir – das hat die Debatte auch gezeigt – einen entsprechend ausgestatteten Titel in unserem Haushalt. Wir sind gefordert, in den Doppelhaushalt 2017/2018 die notwendigen Mittel einzustellen, damit das Geld im Bedarfsfall tatsächlich vorhanden ist. Auch deshalb haben wir unseren ergänzten Antrag gestellt.

Das Dritte noch: Auch wir sind dafür, dass der Bund sich beteiligt. Auch für uns ist das ein nationales Ereignis. Es beschränkt sich nicht auf die Betroffenen in Weilheim, in Schongau, in Simbach, in Mittelfranken und in den sonstigen betroffenen Gebieten. An

dieser Stelle zeigt sich wieder etwas, worauf ich in verschiedenen Debatten schon hingewiesen habe: Es ist nie gut zu streiten. Es ist nie gut zu klagen. Es ist nie gut zu drohen. In der Regel trifft man sich mehrmals. Jetzt sind wir in einer Situation, dass Herr Schäuble bzw. der Bund, über den die Staatsregierung sonst immer so klagt, sagt: Ich muss ja nicht zahlen; lieber Freistaat Bayern, du sagst doch immer, du seist der Schönste, der Größte, der Beste; angeblich hast du doch das meiste Geld; dann kannst du dir jetzt auch selbst helfen."Reden statt streiten" muss da die Devise sein.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne hoffe ich, dass Sie unseren Dringlichkeitsanträgen doch noch zustimmen werden. Wir werden auch den Dringlichkeitsanträgen der anderen Fraktionen zustimmen. Zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER müssen wir sagen, dass wir eine Erhöhung der Mittel brauchen; denn sonst bestrafen wir die Kommunen wieder, wenn nur die Mittel im Rahmen des FAG aufgeteilt werden. Das sind aber Details. Diese Details können wir in den Verhandlungen in den nächsten Wochen regeln. Der gute Wille ist entscheidend. Diesen guten Willen fordere ich vom gesamten Haus ein.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Knoblauch. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich dem Finanzminister als letztem Redner das Wort erteile, möchte ich noch eine Gruppe von Gästen aus der Ukraine auf der Ehrentribüne herzlich begrüßen, nämlich die Delegation des Vorsitzenden der Gebietsversammlung des ostukrainischen Gebiets Charkiw mit Dr. Sergej Tschernow an der Spitze. Seien Sie uns alle herzlich willkommen! Wir wünschen Ihnen weiterhin gute Beratungen.

(Allgemeiner Beifall)

Nun darf ich Herrn Finanzminister Dr. Söder das Wort erteilen. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Redner aller Fraktionen und alle Bürgerinnen und

Bürger in Bayern haben ihr Mitgefühl zum Ausdruck gebracht für das, was wir erlebt haben. Wir haben schon manches Hochwasser erlebt. In den letzten Jahren gab es manche schlimme Naturkatastrophe. Diesmal war es jedoch ganz besonders schlimm; denn Menschen sind zu Tode gekommen. Besonders bewegend ist der Umstand, dass die Menschen bei dieser Katastrophe, die zum Teil in Sekundenbruchteilen oder Minuten hereingebrochen ist, nicht einmal annähernd die Chance gehabt haben, sich zu retten. Wäre diese Katastrophe in der Nacht passiert, wären die Folgen vielleicht noch viel schlimmer gewesen. Den Betroffenen gilt unser Mitgefühl und unsere Trauer. Dies war eine Art Tsunami, der sich in Sekundenbruchteilen entwickelt hat. Die Folgen gingen weit über das hinaus, was wir bisher von solchen Ereignissen gewohnt waren.

Meine Damen und Herren, jetzt ist nicht die Stunde, über langfristige Konzepte zu diskutieren. Das kommt alles noch. Dies ist nicht die Woche, in der wir darüber theoretisieren sollten, welche Maßnahme dort oder dort besser wäre. Jetzt ist es wichtig, dass wir als Staat zeigen, dass wir die Bürger in ihrer Not nicht alleine lassen. Hier geht es um Bürger, die hart arbeiten und Steuern zahlen und ein einziges Mal in ihrem Leben in eine solche Not geraten sind. Der Staat muss in einer solchen Situation bereit sein, seinen Bürgern zu helfen und an ihrer Seite zu stehen.

(Beifall bei der CSU)

Nach den Berichten, die wir lesen, tun sich andere Bundesländer damit schwer, obwohl auch dort schreckliche Ereignisse aufgetreten sind. In Baden-Württemberg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen wird erklärt, wenn ein Schaden versicherbar gewesen wäre, könne der Staat nicht helfen. Außerdem wird gefragt: Kann der Staat überhaupt helfen? Wir in Bayern haben uns dafür entschieden, keine Debatten theoretischer Art nach dem Motto "Was hätte sein können?" zu führen. Wir betreiben auch keine Schuldzuweisungen. Wir legen stattdessen ein umfangreiches Hilfspaket vor. Wir lassen keinen im Stich. Jeder, der existenziell betroffen ist, kann auf die Unterstützung der Solidargemeinschaft rechnen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben schon leidvolle Erfahrungen mit dem schlimmen Hochwasser des Jahres 2013 gemacht. Ich möchte auch an die Schäden erinnern, die der Tornado im Landkreis Augsburg und im Landkreis Aichach-Friedberg verursacht hat. Wir haben die Erfahrung, wie in einer solchen Situation finanziell geholfen werden kann. Ich möchte noch einmal an die bewegenden Worte der Frau Abgeordneten Reserl Sem erinnern. Sie hat die Betroffenheit geschildert und aufgezeigt, wie schlimm dieses Ereignis war. Die Bayerische Staatsregierung hat zusammen mit den Landratsämtern nicht nur in Rottal-Inn, sondern auch in allen anderen betroffenen Regionen innerhalb eines Tages Sofortprogramme auf den Weg gebracht. Bis heute wurden weit über 9 Millionen Euro aus den Soforthilfeprogrammen des Finanzministers ausbezahlt. Innerhalb von 24 Stunden erste Hilfsgelder auszubezahlen, war eine hervorragende Leistung. Vielen Menschen konnte das Geld gar nicht überwiesen werden, da sie keine Geldkarte mehr hatten. Dies war eine hervorragende Leistung, die der Staat und die Kommunen gemeinsam erbracht haben, und ein gutes Signal für die Funktionsfähigkeit unseres Landes.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden noch darüber zu reden haben, wie mit Hochwasserschutzmaßnahmen noch besser auf solche Ereignisse reagiert werden kann. Einige Kolleginnen und Kollegen haben dieses Thema angesprochen. Wir müssen uns auch darüber unterhalten, wie die Warnmöglichkeiten verbessert werden können. Ich bin mir nicht sicher, dass wir am Ende Konzepte finden werden, mit denen alle Eventualitäten ausgeschlossen werden. Herr Kollege Hartmann hat, glaube ich, heute Morgen gesagt: An dem Wetter kann man nichts ändern, jedenfalls nicht allein in Deutschland. Ich habe mir diesen Satz gemerkt; denn er ist richtig. Manche Ereignisse, die Klimaforscher vorhersagen, können sich auch anders entwickeln. Wir können nur versuchen, aus den Vorhersagen das Beste zu machen. Wir müssen uns jedenfalls noch darüber unterhalten, wie eine Vorwarnung erfolgen kann und was dabei möglich ist.

Wir haben zunächst einmal überlegt, was getan werden kann, wenn Schäden auftreten. Dabei haben wir versucht, eine vernünftige Balance der Maßnahmen bei Schäden, die einzigartig sind, und Schäden, die immer wieder einmal auftreten können, zu finden. Ein Beispiel für einen einzigartigen Schaden ist der Markt Simbach im Landkreis Rottal-Inn. Auf dieser Balance haben wir unser Konzept aufgebaut, das drei Stufen umfasst. Das Jahrtausendhochwasser ist ein einzigartiges Hochwasser biblischen Ausmaßes. Jahrhunderthochwässer sind Naturkatastrophen mit hohen Schäden durch wiederkehrende Starkregenereignisse, die erhebliche Sorgen bereiten. Für alle diese Ereignisse haben wir ein Angebot.

Unabhängig von diesem Stufenkonzept gilt: Wenn jemand durch ein Naturereignis in existenzielle Not gerät, kann er, sofern er bedürftig ist und sonst keine weiteren finanziellen Möglichkeiten hat, mit einem maximalen Ausgleich seiner Schäden rechnen. Meine Damen und Herren, diese Regelung ist in Deutschland singulär. Bürgern, die in ihrer Existenz bedroht sind, wird nirgendwo so geholfen wie in unserem Land. Das ist eine gute Aussage.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben ein abgestuftes Konzept. Liebe Frau Umweltministerin, wir haben uns bei dem Jahrtausendhochwasser daran orientiert, was wir im Jahr 2013 erlebt haben, insbesondere in Deggendorf. Deshalb erhält der Landkreis Rottal-Inn sehr umfängliche Hilfsmaßnahmen. Zunächst erhalten die Menschen ein Sofortgeld und danach Hilfen zur Beseitigung umfangreicher Schäden. Diese können unabhängig von der Versicherbarkeit und unabhängig von der Bedürftigkeit ersetzt werden. Wir wollen schnell und sicher helfen. Dies gilt für Häuser, für Unternehmen, für die Land- und Forstwirtschaft, aber auch für die Gemeinden. Wir werden uns im Ausschuss über das Thema Bagatellgrenze unterhalten und dabei eine sinnvolle Anpassung prüfen.

Meine Damen und Herren, wir können damit eine Art Marshallplan für den Landkreis Rottal-Inn leisten. Dies ist das größte Wiederaufbauprogramm für diesen Landkreis

und damit ein gutes Signal. Wir werden das aber nicht über Nacht schaffen. Wir sagen nicht, dass es dabei keine Probleme geben wird. Wir stellen vielmehr einen langfristigen Plan für den Wiederaufbau auf. Eines möchte ich dazu sagen: Diese Region hat im letzten Jahr bei der Unterstützung von anderen Menschen in Not Großes geleistet, nämlich bei den Flüchtlingen. Wir wollen dieser Region ihre Humanität ein Stück weit mit Humanität vergelten.

(Beifall bei der CSU)

In den anderen betroffenen Landkreisen in Westmittelfranken, Niederbayern und Oberbayern werden wir ebenfalls Soforthilfe und Existenzhilfe leisten. Sie alle kennen die in diesen Regionen niedergegangenen Regenmengen, die vom Umweltministerium bekannt gegeben worden sind. Allerdings müssen wir in Fällen, bei denen eine Versicherung möglich gewesen wäre, Abschläge vornehmen.

Lieber Herr Dr. Magerl, die Debatte über die Frage, ob wir Pflichtversicherungen brauchen oder nicht, wird noch spannend. Vom Gefühl her denkt man zunächst einmal: Das wäre das Beste. Dieses Gefühl habe ich auch. Viele Anhörungen im Bundestag haben jedoch ergeben, dass es hier juristisch fundamentale Probleme gibt.Wir müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern klarmachen, dass eine solche Versicherung existenziell ist. In Bayern haben wir einen kleinen Anteil dieser Versicherungen. Zumindest müssen wir uns ein Konzept überlegen, die Bürgerinnen und Bürger darauf hinzuweisen, die Chance zu nutzen, sich zu versichern.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Außerdem müssen wir mit der Versicherungswirtschaft reden. Es besteht nämlich die Gefahr, dass sich der Versicherer zurückzieht, wenn der Schaden eintritt. Das wäre schlecht. Ich glaube, wir brauchen auch da eine Lösung, die unserem Land und den Menschen weiterhilft.

(Beifall bei der CSU – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Was war denn mit den Vorgaben des Finanzministers? Das war doch erst vor zwei Tagen!)

Ein weiterer Punkt: Wir leisten für alle anderen.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

– Herr Glauber, die Debatte ist viel zu ernst, um sie mit Ihrer Art von Einwurf heute zu beantworten. Viel zu ernst!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich finde, am heutigen Tag haben wir uns weitgehend alle darum bemüht, so ernsthaft über das Thema zu diskutieren, wie das die Menschen, die vielleicht auch zuschauen, von uns erwarten. Hochwasser und Katastrophen sind kein Anlass für kleine Spielchen im Parlament, meine Damen und Herren. Das ist meine persönliche Auffassung dazu.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Deshalb lehne ich im Übrigen auch keinen anderen gut gemeinten Vorschlag ab, der in der Debatte kommt. Von allen Seiten kommen Ideen, die man prüfen muss. Man muss bedenken, die Herausforderung wird größer. Das normale Mittel reicht nicht mehr aus. Deshalb müssen wir alle aus unseren Schablonen heraus. Das gilt auch im Hinblick auf die Frage, wer woran Schuld ist, welche Zielgruppe beispielsweise. Es geht einfach darum zu überlegen, was das Beste ist.

Noch eine Anmerkung zur Finanzierungsfrage, meine Damen und Herren. Ich muss hier schon einmal deutlich sagen, dass es eine unangemessene Reaktion des Bundes war. Ich habe es nur im Radio gehört. Keiner von uns hat den Bund beschimpft, eigentlich haben wir nichts gemacht. Wir haben lediglich unsere Arbeit gemacht. In Bayern haben wir gesagt, wohl im Einverständnis aller, dass wir jetzt, bevor wir etwas tun, nicht eine lange Diskussion mit dem Bund darüber anfangen, was dieser leisten kann.

Im Übrigen haben wir das auch 2013 nicht gemacht. Wenn nämlich die Bürger den Eindruck haben, dass wegen eines Zuständigkeitsgerangels am Ende keine Lösung kommt, dann werden sie das Vertrauen in unseren Staat verlieren. Deshalb haben wir gleich gehandelt, meine Damen und Herren, und, wie ich glaube, richtig.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die Forderung nach einer Unterstützung durch den Bund ist aber richtig. Das ist sie aus mehreren Gründen; denn es handelt sich nicht um ein lokales Ereignis. Gerade eben, in dieser Stunde, ganz aktuell, erhalten wir Meldungen darüber, was in Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen geschieht. Es regnet, es regnet, es regnet, und das hat immer die annähernd gleichen Folgen. Deshalb ist das kein lokales, sondern ein nationales Ereignis.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss ganz ehrlich sagen, auch der Bund sollte nicht einen bestimmten Eindruck entstehen lassen. Der Bürger sagt nämlich sonst immer: Für dies oder jenes habt ihr Geld. Wenn dies oder jenes geschieht, dann habt ihr dafür schnell Geld. Wenn ich als Bürger aber einmal im Leben von diesem Staat, den ich mit meinen Steuern finanziere, Hilfe brauche, dann höre ich im Radio die Antwort einer Staatssekretärin aus Berlin, die sagt: Die werden das Geld schon selber haben, die haben einen Haufen Geld. So kann man nicht mit den betroffenen Bürgern umgehen, meine Damen und Herren! Das ist meine Überzeugung!

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen deshalb miteinander reden. Das richtet sich im Übrigen auch an Ihre Fraktion auf der anderen Seite des großen Koalitionstisches. Auch Sie müssen etwas machen; denn das ist keine Sache einer Partei, sondern eine Sache des Staates und der Solidargemeinschaft. Ich finde, das Argument, Bayern ist stark, trifft durchaus zu. Der

Freistaat Bayern leistet aber sehr viel für Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir sind quasi die karitative Einrichtung, die Deutschland finanziert.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Furchtbar!)

Ich finde, alle die Bedenken, die kamen, egal von welcher Partei, sind richtig. Wir müssen jetzt etwas tun. Der Freistaat Bayern schafft den ersten Schritt schon, aber aus Gerechtigkeitsgründen und langfristig gesehen – weil wir nicht wissen, wie hoch die Schäden am Ende wirklich sind – brauchen wir Hilfe. Wie hoch die Schäden sind, wird erst noch ermittelt. Ich denke aber, sie liegen mindestens im dreistelligen Millionenbereich. Es wird sich noch zeigen, was wirklich versicherbar ist, was versichert wurde, und in welcher Form die Versicherung das darstellt.

Eines ist am heutigen Tag aber wichtig, und das sollen die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land wissen, meine Damen und Herren. Sie sollen wissen, dass der Freistaat Bayern da ist, wenn sie in Not sind. Sie sollen wissen, dass sich dieser Bayerische Landtag mit ihnen solidarisiert und nicht nur, weit weg von der realen Situation, diskutiert und debattiert. Bestimmte Berufsgruppen wie die Landwirte, die übrigens auch stark betroffen sind, sollen nicht den Eindruck gewinnen, hier würden Schuldzuweisungen gemacht. Auch die Landwirte sind an dieser Stelle Opfer und nicht Täter, wenn ich das einmal sagen darf.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie uns an einem solchen Tag ein Signal setzen. In vielen Anträgen ist Gutes enthalten, auch wenn uns manches vielleicht nicht praktikabel erscheint. Wir haben eine Konzeption auf den Weg gebracht. Sie wirkt, das haben die letzten Tage gezeigt. Das belegen auch die Reaktionen der Bürger, der Bürgermeister und der Landräte. Aus allen betroffenen Regionen Bayerns haben wir großen Zuspruch und Dankbarkeit erfahren dafür, dass wir etwas tun. Das Problem ist damit nicht erledigt; wir sind mitten in der Arbeit. Eigentlich fangen wir erst richtig damit an zu helfen. Hilfe wurde zuerst vor allem von vielen Ehrenamtlichen gegeben, von den Rettungskräften und den Ver-

antwortlichen vor Ort. Das belegt die Einsatzbereitschaft der Bürger selbst, die nicht verzagen. Diese Hilfe unterstützen wir jetzt mit umfangreichen Hilfsprogrammen. Wir überlegen jetzt, wie wir so viele Sorgen wie möglich in Zukunft wegnehmen und Schäden verhindern können. Wir müssen uns auf diese schwierige Situation vorbereiten, die auch uns vielleicht eines Tages droht.

Eines aber kann ich sagen: Der Freistaat Bayern hat in dieser Situation bewiesen, dass sich die Bürger auf ihn verlassen können. Der Staat als solcher funktioniert. Bei aller Tragik, bei allen Problemen, ist das ein ermutigendes Signal für die Zukunft.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister. Bitte bleiben Sie noch. Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Herrn von Brunn. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich möchte auf das Thema Elementarversicherung Bezug nehmen. Wie heute schon angesprochen, gab es die Ereignisse 2007 in Baiersdorf und Poxdorf. Damals hat die Staatsregierung in Gestalt des Umweltministers Werner Schnappauf gesagt, die Menschen müssten mehr Eigenvorsorge betreiben. Im Februar 2009 haben Sie als Umweltminister zusammen mit dem damaligen Wirtschaftsminister Martin Zeil eine Kampagne mit der Versicherungswirtschaft und den kommunalen Spitzenverbänden gestartet "elementar-versichern.bayern". Können Sie uns sagen, welchen messbaren Erfolg diese Kampagne hatte?

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Minister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Aus meiner Sicht: zu wenig. Man muss die Debatte um Versicherungspflicht und Pflichtversicherung – das sind zwei verschiedene Teile – sehen. Dazu gab es lange Diskussionen, und auch bei uns

gab es unterschiedliche Auffassungen. Diese Kampagne war damals ein wichtiges Ereignis, schon allein die Tatsache, dass Martin Zeil und ich dieses Projekt völlig harmonisch gemeinsam angingen. Wir haben dann mit allen Partnern dafür geworben. Die Situation hat sich aufgrund dessen verbessert, aber sie ist immer noch nicht zufriedenstellend, wenn man sich die Versicherungssituation heute ansieht.

Wir müssen hier noch einmal grundlegende Überlegungen anstellen und können nicht einfach dieselbe Kampagne noch einmal durchführen. Wir müssen miteinander überlegen, was der beste Weg ist. Dazu gibt es unterschiedliche Meinungen, und es gibt dazu unterschiedliche Erfahrungen. Der Justizminister und die Juristen haben mir sofort mitgeteilt, dass hier erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gesehen werden. Lassen Sie uns deshalb hier im Parlament gemeinsam darüber nachdenken, was der beste Weg ist. Ehrlicherweise kann ich das nicht sagen. Wir müssen aber etwas tun, um neben der Hilfe, die wir leisten, die Situation zu verbessern. Wir sollten uns deshalb diese Mühe machen und uns dieser Frage stellen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Die nächste Zwischenbemerkung: Herr Glauber, bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich teile mit Ihnen die Auffassung, dass es richtig ist, wenn der Bayerische Landtag den betroffenen Menschen heute geschlossen ein klares Signal gibt: Wir helfen aus Bayern. Es ist aber auch richtig und wichtig, wenn man sich die betroffenen Bürger, die Schicksale und die Regionen ansieht, mit etwas mehr Bescheidenheit und etwas leiseren Tönen in Berlin aufzutreten.Die Bürger verstehen diese Streitigkeiten, den Streit und die lauten Töne aus Bayern nicht. Es hilft den Bürgern in den Regionen nicht. Also etwas Bescheidenheit in diesem Haus würde vielleicht den Regionen in Bayern helfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Minister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Glauber, dass Sie an Ihre Fraktion und sich selbst den Anspruch leiserer Töne stellen wollen, ist gut. Das schadet nie. Aber eines sage ich Ihnen schon: Alle vonseiten der Staatsregierung und alle mir bekannten Akteure – niemand, auch nicht von anderen Parteien, hat das anders erlebt – haben die letzte Woche damit verbracht zu helfen. Keiner von uns hat, bevor wir die Hilfsmaßnahmen gestartet haben, nach dem Bund gerufen. Wir hatten dazu gar keine Zeit. Wir haben den Landrat unterstützt. Wir haben viele Telefonate am Abend geführt, und wir waren mehrfach vor Ort. Das gilt nicht nur für die Minister, wir waren alle vor Ort und haben versucht zu helfen. Wir haben auf die Wünsche des Landrats reagiert, übrigens genauso, wie damals beim Hochwasser 2013. Man kann sagen, es gab eine ständige Hotline untereinander. Reserl, wir haben telefoniert und besprochen, wo Hilfe notwendig ist und was man tun kann. Wir haben mit Betroffenen in der Region Westmittelfranken telefoniert, Hans Herold, und wir haben auch in anderen Regionen, zum Beispiel in Oberbayern, versucht, uns miteinander aufzustellen.

Kein Einziger hat einen leiseren oder lauteren Ton abgegeben. Während wir untereinander überlegt haben, was wir noch tun können und was gerecht ist, haben die Bürger im Radio den Landrat des Landkreises Rottal-Inn gehört, der sagt, es wäre schön, wenn der Bund helfen würde. Ich höre dann – ich kenne die Dame nicht und will deshalb auch keine Schuldzuweisung vornehmen – eine Stimme mit dem Satz: Bayern ist stark genug, die schaffen das alleine. – Ich finde, das Signal, das in Berlin gesetzt wurde, ist das Problem und nicht die Debattenlage im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit ist die Aussprache geschlossen, weil keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11809 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das

sind alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Zum Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/11811 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER –: Ich bitte, die Zustimmungen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/11813 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion –: Wer will diesem zustimmen? – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Das sind jetzt nur zwei Enthaltungen bei den FREIEN WÄHLERN, oder soll das die gesamte Fraktion sein? Ich habe schon festgestellt, die FREIEN WÄHLER haben vorhin schon mitgestimmt, oder? Also, was jetzt?

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Keine Enthaltungen? – Also: FREIE-WÄHLER-Fraktion Enthaltung? – Ihr habt euch aber vorhin gemeldet.

Damit ist der Antrag – –

(Harald Güller (SPD): Dann muss nochmals abgestimmt werden! Das kann doch nicht umdefiniert werden!)

Also, ich darf nochmals fragen, wer zustimmen möchte. Wer will zustimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – FREIE WÄHLER.

(Zuruf von der SPD: Zwei haben zugestimmt! – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

– Also, mit zwei Zustimmungen von den FREIEN WÄHLERN.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Drei Zustimmungen!)

– Drei Zustimmungen. Werden es noch mehr? – Also, drei Zustimmungen vonseiten der FREIEN WÄHLER.

Zu guter Letzt stimmen wir über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11815 ab – das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN –: Wer will diesem Antrag zustimmen? – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 8. Das ist der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bayerisches Modellprojekt für ein Einwanderungsgesetz" auf der Drucksache 17/10519. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die Urnen befinden sich dort, wo sie immer sind. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.06 bis 15.11 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, das Ergebnis, wie immer, draußen zu ermitteln. Ich bitte die Kollegen, wieder die Plätze einzunehmen.

Ich habe noch bekannt zu geben: Bei Tagesordnungspunkt 5 ist die **Listennummer 14** der nicht einzeln zu beratenden Anträge noch offen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Scheuenstuhl, von Brunn, Adelt und anderer (SPD) betreffend "Verschlechterung stoppen – Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen" auf Drucksache 17/10566. Die Aussprache wird wohl

durch einvernehmliche Absprache der Fraktion auf Dienstag, den 14.06.2016 verschoben. Damit wird dieser Tagesordnungspunkt heute nicht aufgerufen.